



Hannah Flocke (Autor)  
**Die Schutzgerichtsstände der EuGVVO bei  
Wohnsitzwechsel und Rechtsnachfolge**



Internationale  
Göttinger Reihe

**RECHTSWISSENSCHAFTEN**

Hannah Flocke

**Die Schutzgerichtsstände der  
EuGVVO bei Wohnsitzwechsel  
und Rechtsnachfolge**

**Band 92**



Cuvillier Verlag Göttingen  
Internationaler wissenschaftlicher Fachverlag

<https://cuvillier.de/de/shop/publications/8721>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,  
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: [info@cuvillier.de](mailto:info@cuvillier.de), Website: <https://cuvillier.de>

# Gliederung

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Einleitung.....	1
A. Vorbemerkung.....	1
B. Gang der Darstellung.....	4
Kapitel 1: Grundlagen.....	5
A. Grundlagen der Zuständigkeitsvorschriften nach der EuGVVO.....	5
I. Entstehungsgeschichte der EuGVVO.....	5
II. Systematischer Aufbau der EuGVVO.....	6
III. Rechtspolitischer Hintergrund und Zielsetzung der EuGVVO und ihrer Schutzgerichtsstände.....	7
B. Grundlagen der Auslegung der EuGVVO.....	9
I. Autonome Auslegung.....	9
II. Geltung der klassischen Auslegungsmethoden.....	10
1. Grammatikalische Auslegung.....	11
2. Systematische Auslegung.....	12
a. Rechtsaktübergreifende Auslegung.....	12
b. Übertragung der Erkenntnisse aus den jeweiligen Sonderzuständigkeiten.....	13
3. Historische Auslegung.....	14
4. Teleologische Auslegung.....	14
a. Allgemeines.....	14
b. Leitprinzipien.....	15
aa. Beklagtenschutz.....	15
bb. Vorhersehbarkeit der Zuständigkeiten und Rechtssicherheit.....	17
cc. Schutz der „schwächeren Partei“.....	18
5. Rechtsvergleichende Auslegung.....	20

III. Fortgeltung der Auslegungsregeln und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs .....	21
Kapitel 2: Die Schutzgerichtsstände in der EuGVVO .....	22
A. Zuständigkeiten für Versicherungssachen .....	22
I. Räumlicher Anwendungsbereich .....	22
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	22
1. Versicherungssache .....	22
2. Teleologische Reduktion des sachlichen Anwendungsbereichs bei Großrisiken? .....	23
III. Persönlicher Anwendungsbereich .....	24
1. Begriff des Versicherers .....	24
2. Versicherungsnehmer, Versicherter oder Begünstigter .....	25
3. Begriff des Geschädigten .....	26
a. Eigener Wohngerichtsstand des Geschädigten .....	26
b. Keine Differenzierung zwischen natürlichen und juristischen Personen .....	28
c. Erweiterung auf den mittelbar Geschädigten .....	30
IV. Teleologisch-funktionale Auslegung .....	31
1. Sachlicher Anwendungsbereich als Anknüpfungspunkt .....	31
2. Persönlicher Anwendungsbereich des Wohnsitzgerichtsstands als Anknüpfungspunkt .....	32
3. Linie des EuGH .....	32
4. Stellungnahme .....	34
V. Zwischenergebnis .....	36
B. Zuständigkeiten für Verbrauchersachen .....	36
I. Räumlicher Anwendungsbereich .....	36
II. Sachlicher Anwendungsbereich – Der Verbrauchervertrag .....	37
1. Begriff des Verbrauchers .....	37
a. Ausschluss von juristischen Personen .....	38
b. „Dual use“-Verträge .....	39

c. Entscheidungserheblicher Zeitpunkt für die Bestimmung der Verbrauchereigenschaft .....	40
2. Umfasste Vertragstypen .....	43
a. Teilzahlungskauf und Anschaffungskredite .....	43
b. Erweiterung des Anwendungsbereichs auf alle Vertragstypen .....	44
aa. Ausrichten auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers .....	44
(1) Die Rechtssachen Pammer/Alpenhof.....	45
(2) Die Rechtssache Mühleitner.....	48
bb. Kausalitätserfordernis – die Rechtssache Emrek.....	49
III. Zwischenergebnis .....	51
C. Zuständigkeiten für Arbeitssachen .....	52
I. Räumlicher Anwendungsbereich.....	54
II. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich .....	54
1. Begriff des Arbeitnehmers .....	54
a. Geschäftsführer als Arbeitnehmer? .....	56
b. Übertragbarkeit der Regelungen auf arbeitnehmerähnliche Personen?.....	57
2. Vom Anwendungsbereich erfasste arbeitsvertragliche Ansprüche.....	57
3. Keine Erfassung von konkurrierenden deliktischen Ansprüchen .....	58
III. Gerichtsstände .....	59
1. Aktivprozess des Arbeitnehmers .....	60
a. Gewöhnlicher Arbeitsort .....	60
aa. Mehrheit von Arbeitsorten .....	60
bb. Vorübergehende Entsendung.....	61
b. Ort, von dem aus der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet .....	62
c. Einstellende Niederlassung.....	62
2. Passivprozess des Arbeitnehmers.....	63
IV. Zwischenergebnis .....	63
Kapitel 3: Die Schutzgerichtsstände bei Wohnsitzwechsel .....	65
A. Gerichtsstand für Versicherungssachen.....	65

I.	Wohnsitzwechsel vor Klageerhebung .....	65
II.	Wohnsitzwechsel nach Klageerhebung .....	67
III.	Zwischenergebnis .....	67
B.	Gerichtsstand für Verbrauchersachen .....	68
I.	Verbraucherseite .....	69
1.	Wohnsitzwechsel zwischen Vertragsschluss und Klageerhebung .....	69
a.	Meinungsstand in der Literatur .....	69
b.	Der Vorlagebeschluss des BGH in der Rechtssache Commerzbank .....	71
c.	Die Rechtssache mBank .....	72
d.	Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Commerzbank .....	74
e.	Stellungnahme .....	74
f.	Wohnsitzwechsel bei (echten) Inlandsfällen nach Vertragsschluss .....	79
aa.	Die Ansicht des BGH .....	79
bb.	Die Ansicht des EuGH .....	79
cc.	Stellungnahme .....	80
2.	Wohnsitzwechsel nach Klageerhebung .....	82
II.	Unternehmerseite .....	82
1.	Beendigung der Ausrichtung der Tätigkeit zwischen Vertragsschluss und Klageerhebung .....	83
2.	Beendigung der Ausrichtung der Tätigkeit nach Klageerhebung .....	83
III.	Zwischenergebnis .....	83
C.	Gerichtsstand für Arbeitssachen .....	84
I.	Wechsel des Arbeitsorts bzw. des Wohnsitzes vor Klageerhebung .....	84
1.	Aktivprozess des Arbeitnehmers .....	84
2.	Passivprozess des Arbeitnehmers .....	85
II.	Wechsel des Arbeitsorts bzw. des Wohnsitzes nach Klageerhebung .....	86
III.	Zwischenergebnis .....	86
D.	Ergebnis .....	86
Kapitel 4:	Die Schutzgerichtsstände bei Personenwechsel .....	87

A. Der Wohnsitzgerichtsstand in Versicherungssachen bei mittelbar geschädigten Angehörigen .....	87
B. Die Anwendbarkeit der Schutzgerichtsstände bei Rechtsnachfolge .....	90
I. Rechtsnachfolge nach Rechtshängigkeit .....	90
II. Rechtsnachfolge vor Rechtshängigkeit .....	91
1. Rechtsnachfolge aufseiten der „stärkeren Partei“ .....	91
a. Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen Aktiv- und Passivklagen.....	91
b. Verbrauchersachen .....	92
c. Versicherungssachen .....	92
d. Arbeitssachen.....	92
e. Ergebnis .....	93
2. Rechtsnachfolge aufseiten der „schwächeren Partei“ .....	94
a. Versicherungssachen .....	94
aa. Die Rechtsprechung des EuGH .....	94
(1) Konkreter Ansatz des EuGH in der Rechtssache Vorarlberger Gebietskrankenkasse .....	94
(2) Obiter dictum des EuGH in der Rechtssache Vorarlberger Gebietskrankenkasse .....	96
(3) Abkehr vom konkreten Ansatz durch die Rechtssache KABEG? .....	96
(4) Die Rechtssache Hofsoe.....	97
bb. Meinungsbild in der Literatur und der deutschen Rechtsprechung.....	98
(1) Grundsätzlicher Ausschluss des Rechtsnachfolgers.....	98
(2) Differenzierend nach Gesamt- und Singularsukzession.....	98
(3) Typisierende Betrachtung des Rechtsnachfolgers.....	99
(4) Differenzierend nach der konkreten Schutzwürdigkeit des Rechtsnachfolgers .....	100
b. Verbrauchersachen .....	100
aa. Die Rechtsprechung des EuGH.....	100
(1) Die Rechtssache Shearson Lehman.....	101

(2) Die Rechtssache Henkel.....	101
(3) Die Rechtssache Schrems II.....	102
bb. Meinungsbild in der Literatur und der deutschen Rechtsprechung.....	104
(1) Grundsätzlicher Ausschluss des Rechtsnachfolgers.....	104
(2) Differenzierend zwischen Gesamt- und Singularrechtsnachfolge.....	105
(3) Differenzierend nach Schutzwürdigkeit des Rechtsnachfolgers.....	106
c. Arbeitssachen.....	106
aa. Die Rechtsprechung des EuGH.....	106
bb. Meinungsbild in der Literatur.....	106
(1) Differenzierung nach der Schutzwürdigkeit des Zessionars.....	106
(2) Grundsätzliche Einbeziehung des Rechtsnachfolgers.....	107
d. Stellungnahme und eigener Ansatz.....	108
aa. Präzisierung des Begriffs der „schwächeren Partei“.....	108
bb. Möglichkeit einer einheitlichen Vorgehensweise für alle Schutzgerichtsstände.....	108
(1) Durch den Ausschluss aller Rechtsnachfolger.....	109
(2) Durch die Einbeziehung aller Rechtsnachfolger.....	109
(3) Probleme einer einheitlichen Vorgehensweise.....	110
(a) Fehlende Vergleichbarkeit zwischen den Arbeitssachen und den Verbraucher- und Versicherungssachen.....	110
(b) Probleme der Vergleichbarkeit zwischen den Verbraucher- und den Versicherungssachen.....	111
(4) Zwischenergebnis.....	113
cc. Relevante Fallkonstellationen.....	113
dd. Arbeitssachen.....	114
(1) Vorüberlegung.....	114
(2) Keine Übertragung der Rechtsprechung zu den Versicherungs- und Verbrauchersachen.....	114

(3) Parallelität zum Gerichtsstand des Erfüllungsorts beim Aktivprozess des Arbeitnehmers .....	115
(4) Anknüpfungspunkt des Wohnsitzes beim Passivprozess des Arbeitnehmers .....	117
(5) Ergebnis.....	117
ee. Verbrauchersachen .....	118
(1) Differenzierung nach den vom Anwendungsbereich umfassten Vertragstypen .....	118
(2) Ausschluss des gewerblich handelnden Rechtsnachfolgers .....	118
(3) Notwendige (partielle) Parteiidentität zwischen Vertrags- und Prozessparteien .....	119
(a) Wortlaut der Artt. 17 und 18 EuGVVO .....	119
(aa) Verwendung des unbestimmten und des bestimmten Artikels .....	120
(bb) Bezugnahme auf den „anderen Vertragspartner“ .....	121
(b) Systematik des Verbrauchergerichtsstands .....	121
(c) Schutzzweck des Verbrauchergerichtsstands .....	122
(d) Zwischenergebnis .....	122
(4) Fehlende partielle Parteiidentität bei der Einzelrechtsnachfolge .....	123
(5) Wahrung der partiellen Parteiidentität bei der Gesamtrechtsnachfolge.....	123
(a) Dogmatische Herleitung zur Eröffnung des Verbrauchergerichtsstands bei Gesamtrechtsnachfolge.....	123
(aa) Unionsrechtliche Gesamtrechtsnachfolge am Beispiel des Erbrechts .....	123
(bb) Rechtsvergleichende Auslegung .....	124
(b) Zwischenergebnis .....	125
(6) Ergebnis.....	125
ff. Versicherungssachen .....	125
(1) Vorüberlegungen zur Schutzwürdigkeitsprüfung .....	125
(a) Notwendigkeit der Schutzwürdigkeit des ursprünglichen Rechtsinhabers.....	126



(b) Notwendigkeit der Schutzwürdigkeit des Rechtsnachfolgers .....	126
(2) Ansatzpunkte für die Schutzwürdigkeitsprüfung .....	127
(a) Der konkrete Ansatz .....	127
(aa) Prozessuale Schwierigkeiten des konkreten Ansatzes für die nationalen Gerichte .....	128
(bb) Gefahr der Verfehlung des Schutzzwecks .....	129
(cc) Bedeutung der Darlegungs- und Beweislast .....	130
(dd) Die „Schwächerenstellung“ als doppelrelevante Tatsache .....	130
(ee) Zwischenergebnis.....	132
(b) Der abstrakte Ansatz .....	132
(aa) Praxistauglichkeit abstrakter Ansätze .....	132
(bb) Analyse der Fallgruppenbildung des EuGH .....	133
(cc) Typisierende Fallgruppenbetrachtung.....	135
(dd) Fehlende Schutzwürdigkeit bei gewerblichem Handeln.....	137
(i) Beschränkung auf das Gebiet des Versicherungsrechts.....	138
(ii) Gleichlauf zu den Verbrauchersachen.....	138
(iii) Praxistauglichkeit für die nationalen Gerichte.....	138
(iv) Darlegungs- und Beweislast sowie sekundäre Darlegungslast.....	139
(3) Ergebnis.....	139
C. Bestimmung des Gerichtsstands des Rechtsnachfolgers .....	141
I. Gerichtsstand bei den Arbeitssachen.....	141
1. Aktivprozess des Arbeitnehmers .....	141
2. Passivprozess des Arbeitnehmers.....	142
II. Gerichtsstand bei den Versicherungs- und Verbrauchersachen .....	143
1. Maßgeblichkeit des Rechtsvorgängers .....	143
2. Maßgeblichkeit des Rechtsnachfolgers .....	143
3. Stellungnahme .....	144
III. Gefahr der Umgehung der Voraussetzungen des Verbrauchergerichtsstands .....	145

1.	Situative Voraussetzung des Ausrichtens.....	145
2.	Vorliegen von besonderen Vertragstypen .....	147
IV.	Ergebnis.....	147
D.	Prozessstandschaft.....	147
I.	Folge der Prozessstandschaft bei der Bestimmung des Klägergerichtsstands .....	148
1.	Kein Untergang der Schutzgerichtsstände durch die Prozessstandschaft .....	148
2.	Vergleichbarkeit mit den Fällen der Rechtsnachfolge .....	149
3.	Betrachtung der einzelnen Schutzgerichtsstände .....	149
a.	Prozessstandschaft nach Klageerhebung .....	150
b.	Prozessstandschaft vor Klageerhebung .....	150
aa.	Prozessstandschaft aufseiten der „stärkeren Partei“ .....	150
bb.	Prozessstandschaft aufseiten der „schwächeren Partei“ .....	151
(1)	Arbeitssachen .....	151
(2)	Verbrauchersachen .....	151
(3)	Versicherungssachen .....	151
II.	Bestimmung des Gerichtsstands des Prozessstandschafters.....	153
1.	Gewöhnlicher Arbeitsort des Rechtsinhabers .....	153
2.	Kein Wohnsitzgerichtsstand für den Prozessstandschafter in Verbrauchersachen .....	154
3.	Wohnsitz des Versicherungsnehmers.....	154
E.	Problematik der missbräuchlichen Berufung auf die Schutzgerichtsstände.....	155
I.	Missbrauchskontrolle im Europäischen Zivilprozessrecht.....	155
II.	Zuständigkeitserschleichung .....	156
1.	Vorbemerkung.....	156
2.	Fälle der Zuständigkeitserschleichung .....	157
a.	Zurückabtretung.....	157
aa.	Unzulässiges „Strohmanngeschäft“.....	157
bb.	„Wiederaufleben“ des Wohnsitzgerichtsstandes.....	157
cc.	Stellungnahme .....	158

b.	Klage am Wohnsitzgerichtsstand im Wege der gewillkürten Prozessstandschaft .....	160
aa.	Unzulässige Umgehung des allgemeinen Beklagtengerichtsstands .....	160
bb.	Eröffnung des Wohnsitzgerichtsstands für den Prozessstandschafter .....	161
cc.	Stellungnahme .....	161
III.	Ergebnis .....	161
Kapitel 5:	Gerichtliche Aufklärungspflicht über die Rügeobliegenheit bei Unzuständigkeit des Gerichts .....	163
A.	Grundsätze der gerichtlichen Aufklärungspflicht .....	163
I.	Grundlage – Die Rechtssache Bilas .....	163
II.	Regelung der EuGVVO .....	164
1.	Voraussetzungen .....	164
2.	Gerichtliche Aufklärung .....	165
3.	Kein Verstoß gegen die gerichtliche Neutralitätspflicht .....	166
4.	Zeitpunkt, Art und Umfang der Aufklärung .....	166
5.	Auswirkungen einer anwaltlichen Vertretung des Beklagten .....	167
III.	Praxisproblem für die nationalen Gerichte bei der Aufklärungspflicht .....	168
B.	Auswirkungen einer Rechtsnachfolge auf die gerichtliche Aufklärungspflicht .....	169
Zusammenfassung	der wesentlichen Ergebnisse .....	170
Literaturverzeichnis	.....	174